

**Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JAI, GLP, BDP/CVP (Lukas Gutzwiller/Rania Bahnan Buechi/Tania Espinoza, GFL/Cristina Anliker-Mansour, GB/Michael Köpfli, GLP/Kurt Hirsbrunner, CVP): Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten bei der Stadtverwaltung**

Die Migrationsbevölkerung stellt in der Stadt Bern mit mehr als einem Fünftel einen erheblichen Bevölkerungsanteil und leistet einen wichtigen Beitrag an eine prosperierende und weltoffene Stadt. Einer der vier Leitsätze der städtischen Integrationspolitik lautet: Die Stadt Bern fördert die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, insbesondere im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich und baut Integrationshemmnisse ab. Gemäss der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus werden gut qualifizierte MigrantInnen auf Grund der Herkunft oder der Hautfarbe bei der Anstellung am Arbeitsplatz diskriminiert. Die betroffenen Personen erfahren diesen Ausschluss im täglichen Leben, ohne viel dagegen tun zu können. Es ist wichtig, dass die Stadtverwaltung Personen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit bietet, Arbeitserfahrung zu sammeln und so die Familie zu unterhalten und an den Vorsorgewerken vollumfänglich zu partizipieren. Bei der Umsetzung der städtischen Integrationspolitik kommt dem Kompetenzzentrum Integration (KI) eine Schlüsselrolle zu und nimmt in der Stadtverwaltung in diesem Sinne eine Vorbildfunktion ein. Deshalb soll der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund in dieser Dienststelle erhöht werden. Nur so kann die städtische Integrationspolitik bei der Zielgruppe an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Der Gemeinderat wird beauftragt:

Der Anteil der Mitarbeitenden im KI mit Migrationshintergrund ist mittelfristig auf das durchschnittliche Niveau der ausländischen Bevölkerung zu heben, also auf mindestens 20%. Diese Massnahme ist über die natürliche Personalfluktuations umzusetzen; es müssen keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden.

Bern, 20. September 2012

*Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JAI, GLP, BDP/CVP (Lukas Gutzwiller/Rania Bahnan Buechi/Tania Espinoza, GFL/Cristina Anliker-Mansour, GB/Michael Köpfli, GLP/Kurt Hirsbrunner, CVP):* Vinzenz Bartlome, Claudio Fischer, Martin Schneider, Peter Ammann, Esther Oester, Claude Grosjean, Judith Renner-Bach, Daniel Imthurn, Jürg Weder, Stéphanie Penher, Lea Bill, Rahel Ruch, Christine Michel, Monika Hächler, Aline Trede, Hasim Sancar, Daniel Klauser, Peter Künzler, Martin Trachsel, Daniela Lutz-Beck

**Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat ist zuständig für die Organisation und Führung der Verwaltung. Die Zuständigkeit zur Anstellung des Personals ist - mit wenigen Ausnahmen - an die Direktionen bzw. Dienststellen delegiert. Die Zuständigkeit zur Anstellung von Personen im KI liegt bei der Leitung des KI.

#### *Zum Anliegen der Motion*

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre bezüglich Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Das Problem ist erkannt und der Gemeinderat ist deshalb seit mehreren Jahren bestrebt, den Anteil von Mitarbeitenden wie auch die Anzahl Lernender mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Die für die Personalgewinnung zuständigen Stellen werden vom KI entsprechend geschult. Ebenso sind die für die Selektion der Lernenden Verantwortlichen diesbezüglich stark engagiert. Die Auswertung der Personalstatistiken im Zuge der Berichterstattung über die Massnahmenpläne im Integrationsbereich vom Sommer 2012 hat ergeben, dass beide Zahlen kontinuierlich steigen. An dieser erfreulichen Zielerreichung sind alle Direktionen beteiligt.

Als bisherige Massnahmen seitens KI zur Erhöhung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund bei der Verwaltung können genannt werden:

- Schulung von Führungskräften;
- Mitarbeit bei der Überarbeitung des Personalselektionsinstrumentes Pegasus;
- Förderung des Mentoring Projekts für gut qualifizierte Migrantinnen;
- Zusatz bezüglich Personen mit Migrationshintergrund in KI-Stelleninseraten;
- Anstellung von Personen mit Migrationshintergrund bei vergleichbarer Qualifikation;
- Nutzung von Kanälen der Migrationsbevölkerung und Vernetzung;
- Vorstellung der Stadt als Arbeitgeberin am Schlüsselpersonenanlass;
- Unterstützung der städtischen Dienststellen.

Gemäss den Motionärinnen und Motionären hat das KI in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion. Diese Sichtweise ist verständlich. Der Gemeinderat jedoch strebt die Erhöhung der Anzahl Mitarbeitender mit Migrationshintergrund, insbesondere auch der gut qualifizierten Migrantinnen und Migranten, in der ganzen Stadtverwaltung an - nicht nur in einer Dienststelle.

Das KI wird sich weiter für die Umsetzung der Motionsziele einsetzen - KI-intern wie auch in der gesamten Stadtverwaltung. Eine Intensivierung des Engagements ist im Zuge des neuen Massnahmenplans Integration 2014 - 2017 vorgesehen; das Personalamt und die Direktionspersonaldienste sind entsprechend einbezogen.

#### *Situation im KI*

Das KI geht für den Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ von der Definition des Bundesamts für Statistik (BFS) aus, die sich auf die internationale Empfehlung der UNO stützt. Gemäss dieser Definition umfasst die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Schweiz alle Personen - unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit - mit im Ausland geborenen Eltern, die entweder einmal selbst aus dem Ausland zugewandert sind (Migranten) oder in der Schweiz als Nachkommen von Migranten geboren wurden.

Im KI sind aktuell 15 Personen angestellt, wovon 4 Personen mit Migrationshintergrund nach obiger Definition. Damit hat das KI das Ziel der Motion bereits erreicht.

*Folgen für das Personal und die Finanzen*  
Keine.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 20. März 2013

Der Gemeinderat